METHODISCHE UND DIDAKTISCHE HINWEISE

Sek.II

Justiz kontrovers

Die Justiz ist eine zentrale Institution innerhalb des politischen Systems und hat erheblichen Einfluss auf das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie. Die Einschätzung, inwiefern die Justiz das Vertrauen in das politische System stärkt oder schwächt, hängt zum einen von persönlichen Erfahrungen mit dem Justizwesen zusammen. Da die meisten Schüler*innen diese persönlichen Erfahrungen mit dem Justizwesen eher selten machen, gilt ihnen zum anderen die öffentliche Wahrnehmung kontroverser Entscheidungen und Vorgänge oftmals als Gradmesser für die Bewertung der Justiz in Deutschland.

Trotz der politikwissenschaftlichen Relevanz des Themas, erfolgt die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Justiz im Politikunterricht der Sekundarstufe II in der Regel nur peripher. Die eine zentrale Anknüpfungsstelle stellt die Auseinandersetzung mit den Staatsstrukturprinzipien und hierbei insbesondere dem Rechtsstaatsprinzip dar. Der fachwissenschaftliche Zusammenhang der Themen Justiz und politisches System der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich auch im vorliegenden Vertiefungsheft zum Basisheft „Das politische System der BRD" wider. Die enge Verknüpfung zwischen Justiz und Demokratie durchzieht das gesamte Heft und hebt das Politische am Thema Justiz hervor.

Ein zweiter Anknüpfungspunkt für die Auseinandersetzung mit der Justiz in Deutschland stellt die oft punktuelle Problematisierung einzelner politischer Sachverhalte in der Tagespolitik und aktueller kontroverser Gerichtsverfahren und -entscheidungen dar. Die vorliegende WOCHENSCHAU verbindet beide Ansätze miteinander und möchte dabei unterstützen, Justizthemen kontrovers, fachlich fundiert und handlungsorientiert zu unterrichten.

Die drei Kapitel zeichnen sich durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen aus. Kapitel 1 problematisiert anhand eines Falls zu Hassrede im Internet den Zusammenhang zwischen dem Vertrauen in die Justiz und der Gerichtsorganisation in Deutschland. Kapitel 2 fokussiert die Grundlage für juristische Entscheidungen und beleuchtet die Relevanz von Grundrechten sowie deren Einschränkungsmöglichkeiten. Kapitel 3 wirft einen kritischen Blick auf den Zustand der Justiz in Deutschland, indem insbesondere die Erfahrungen diskriminierter Gruppen anhand ausgewählter Fallbeispiele untersucht werden. Neben diesen Unterschiede zieht sich das Thema Vertrauen als roter Faden durch diese WOCHENSCHAU.

Exklusiv im Abo: Unter **wochenschau-online.de** erwarten Sie zusätzliche Materialien und Hinweise sowie das PDF zum Heft.

Kapitel 1 – Das Vertrauen der Bürger*innen in die Justiz

Justiz – Vorwissen und Assoziationen

Der Einstieg in das Thema Justiz kontrovers erfolgt über die Relevanz der Justiz für das Vertrauen der Bürger*innen in das politische System. Hierfür wird zunächst knapp der Zusammenhang zwischen Justiz und Demokratie erläutert, bevor sich die Schüler*innen mithilfe eines visuellen Impulses dem Thema Justiz annähern. Die hierfür ausgewählten Abbildungen spiegeln den Anspruch von Information und Kontroverse der WOCHENSCHAU wider. Ziel der Auseinandersetzung mit den Abbildungen ist dementsprechend, das Vorwissen und die Assoziationen der Schüler*innen zum Thema Justiz zu aktivieren und zu problematisieren.

Begriffsarbeit: Judikative, Exekutive, Justiz?

Ergänzend sollte an dieser Stelle auch die Infobox zum Begriff Justiz thematisiert werden. Den Schüler*innen wird somit gleich zu Beginn der Auseinandersetzung mit dem Thema verdeutlicht, dass der Begriff Justiz mehrdeutig verwendet wird und nicht per se als Synonym zu Judikative verstanden werden kann. Auch die Erkenntnis, dass einige Organe der Justiz auch Teil der Exekutive sind, kann an dieser Stelle bereits hervorgehoben werden, wird jedoch auch im weiteren Verlauf des Heftes noch konkreter behandelt. Das anschließende Formulieren eines Vorausurteils dient hierbei insbesondere dem späteren Abgleich, nachdem die Schüler*innen sich intensiv mit dem Heftthema auseinandergesetzt haben, aber auch der Möglichkeit, persönliche Vorerfahrungen mit der Justiz verbalisieren zu können.

Methode: Diagrammanalyse

Der methodische Schwerpunkt des ersten Unterkapitels stellt die Analyse von Diagrammen dar, die Umfrageergebnisse zum Vertrauen der

© WOCHENSCHAU Nr. 3/2021

Bevölkerung in staatliche Institutionen und die Justiz abbilden. Hervorzuheben ist hier einerseits das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Gerichte. Dieses Umfrageergebnis kann im weiteren Verlauf des Heftes kontrastiv betrachtet werden, um die teilweise starke Kritik an der Justiz mit der Wahrnehmung der Befragten abzugleichen. Die weiteren Umfrageergebnisse zu den spezifischen Kritikpunkten am deutschen Rechtssystem eignen sich besonders dafür, um eine Verknüpfung zu Kapitel 3 herzustellen, da hier die Ergebnisse des EU-Rechtsstaatlichkeitsberichts untersucht werden.

Besprechung des Lernprozesses

Neben dem Vergleich der Umfrageergebnisse mit den Vorausurteilen der Lerngruppen, sollte an dieser Stelle zudem auch die Möglichkeit genutzt werden, den weiteren Lernprozess mit den Schüler*innen zu thematisieren: Welche Bedürfnisse und Notwendigkeiten bestehen, damit die Lerngruppe sich in der Lage fühlt, ein begründetes Urteil über das Justizwesen in Deutschland zu formulieren?

Fallbeispiel Künast: Organisation des Gerichtswesens

Nachdem die Schüler*innen die Kontroversität des Heftthemas erfasst haben, erfolgt die Auseinandersetzung mit einem aktuellen Gerichtsverfahren zum Thema Hassrede im Internet. Ziel dieses zweiten Unterkapitels ist es, gleich zu Beginn der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Justiz das Politische in diesem Thema zu erkennen. Gleichzeitig ermöglicht der Fall Künast, die Organisation des Gerichtswesens in Deutschland zu erarbeiten und zu problematisieren.

Methode: Emotionen im Politikunterricht

Der Fall Künast zeigt zudem das Emotionale in der Auseinandersetzung mit „Justiz kontrovers". Die sexistischen Beleidigungen, gegen die Renate Künast vorgeht, sind teilweise im Material abgedruckt und können die Schüler*innen an einer rationalen Auseinandersetzung mit dem Thema hindern. Aus diesem Grund ist der Anspruch dieses Heftes, Emotionen zu thematisieren, sichtbar zu machen und in den Unterricht einzubetten, um eine rationale Urteilsbildung zu ermöglichen. Diese sehr persönliche Ebene des Austauschs sollte stets die Bedürfnisse und Bereitschaft der Schüler*innen berücksichtigen und an dieser Stelle ganz besonders an die Lerngruppe angepasst werden. Einen Vorschlag stellt die Methodenkarte „Gefühle fühlen!" dar. Die hier formulierten Impulsfragen sollten unbedingt als Angebot zum freiwilligen Austausch in selbstgewählten Kleingruppen verstanden werden und nicht Gegenstand eines klassischen Unterrichtsgesprächs sein.

Methode: Fallanalyse

Im Anschluss an die Reflexion der Gefühlsebene in der Auseinandersetzung mit dem Thema Hassrede, soll eine Fallanalyse anhand des Verfahrens um Renate Künast durchgeführt werden. Dieses Vorgehen ermöglicht den Schüler*innen, ihre bisherigen Arbeitsergebnisse und erworbenen Kenntnisse einzubringen und die Analyse des Falls rational zu vollziehen.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- beschreiben die Grundprinzipien der staatlichen Rechtsprechung in Deutschland;
- erschließen sich fallbezogen die verschiedenen Gerichtsbarkeiten im deutschen Justizwesen;
- reflektieren die emotionale Ebene juristischer Kontroversen;
- untersuchen mithilfe der Methode Fallanalyse einen kontroversen juristischen Fall;
- diskutieren die Implikationen, die ein Einzelfall auf das Vertrauen in die Justiz haben kann.

Exkurs: Emotionen im Politikunterricht

Kognition und Emotion bedingen sich: Nur wer etwas als Ungerechtigkeit interpretiert (d. h. ein Urteil fällt, dass etwas ungerecht ist), kann Empörung verspüren. Und umgekehrt gilt auch: Nur wer Empörung empfindet, bewertet etwas auch wirklich als ungerecht.°

Demzufolge ist die Vorstellung eines emotionsbefreiten Urteils weder möglich noch zielführend oder anstrebenswert. Emotionen und Urteilsfähigkeit sind durch ihre gemeinsame Basis der Situationseinschätzung durch die urteilende Person untrennbar miteinander verbunden.

Nun stellt sich die Frage, wie Emotionen sinnvoll im Politikunterricht Eingang finden können. An dieser Stelle kann nur ein Ansatz stark verkürzt skizziert werden: Um Emotionen in den Unterricht einzubeziehen, den Schüler*innen zugänglich zu machen, aber gleichzeitig diese nicht als alleinige Grundlage politischen Urteilens und Handelns zuzulassen, kommt dem Diskurs innerhalb des Politikunterrichts eine wichtige Rolle zu.

Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, sich mit den Emotionen und ihren lebensweltlichen Erfahrungen, die sie in der Konfrontation mit einem politischen Thema verspüren, auseinanderzusetzen. Bevor von Schüler*innen verlangt werden kann, rationale multiperspektivische

° Florian Weber: Die affektive Dimension des hermeneutischen Zirkels. Emotionale Bedingungsfaktoren der politischen Werturteilsbildung. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften, 8:1, 2017, S. 54–73

© WOCHENSCHAU Nr. 3/2021

Urteile zu treffen, muss ihnen ermöglicht werden, die eigenen Gedanken, Empfindungen und persönlichen Verstrickungen mit einem Thema zu ergründen. Behandelt der Politikunterricht das Thema Arbeitslosigkeit, muss es Schüler*innen, die in einer von Arbeitslosigkeit betroffenen Familie aufwachsen, ermöglicht werden, ihre Emotionen in der Auseinandersetzung mit diesem Thema transparent zu machen. Ohne eine Verallgemeinerung von Emotionen vorzunehmen, ist vorstellbar, dass Schüler*innen in dieser Situation Gefühle der Angst, Hilflosigkeit oder Scham verspüren, die wiederum Einfluss auf ihren individuellen politischen Lernprozess haben. Festzuhalten ist hier auch die Erkenntnis, dass Emotionen in einem kognitivistischen Verständnis dabei nicht irrationale, rein affektive Ausdrucksformen sind, sondern kognitiven Gehalt haben und Ausdrucksform von Situationseinschätzung und Erfahrungen sind, die sich in emotionalen Schemata organisiert haben. Es ist wichtig, dass diese Emotionen zugänglich gemacht werden und nicht still im Hintergrund mitwirken. Einen Zugang zu den eigenen Emotionen zu finden und die eigenen Emotionen verstehen zu lernen, verlangt einen gewissen Raum der Freiheit innerhalb des Politikunterrichts, in dem insbesondere selbstreflexive Verfahren, z. B. mithilfe von Impulsfragen, genutzt werden sollten.

Exkursfortführung
Detailliertere Ausführungen des Autors zum Thema Emotionen im Politikunterricht finden Sie hier.

https://t1p.de/wochenschau-emotionen

Kapitel 2 – Die Corona-Pandemie und die Grundrechte: Gesundheit auf Kosten der Freiheit?

Anhand der Corona-Pandemie und der in diesem Zusammenhang erfolgten Einschränkungen einzelner Grundrechte, setzen sich die Schüler*innen mit der Frage auseinander: Gesundheit auf Kosten der Freiheit? Der Einstieg in das Kapitel und die Problematisierung des Themas erfolgen anhand zweier Tweets, in der sich der Virologe Hendrik Streek gegen eine Impfpflicht für pflegerisches Personal ausspricht, während Sigmar Gabriel eine solche fordert. Die Schüler*innen können dadurch die an dieser Stelle relevante Grundrechtskollision problematisieren: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich." (Art. 2 GG, Absatz 2)

Fallbeispiel Impfpflicht: Rechtsgüterabwägung

Im Folgenden werden die Schüler*innen in die Lage versetzt, die Einschränkungsmöglichkeiten von Grundrechten und somit das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und dessen Prüfung zu erklären. Es wird für dieses Kapitel vorausgesetzt, dass die Schüler*innen über Kenntnisse zum besonderen Stellenwert der Grundrechte innerhalb des Grundgesetzes verfügen. Es bietet sich an, auf das Basisheft „Das politische System der BRD" zurückzugreifen. Das Prinzip der Rechtsgüterabwägung soll von den Schüler*innen anhand vorgegebener und eigenständig zu entwickelnder Fallbeispiele selbst angewendet werden. Hierbei bietet es sich an, einen Rückbezug auf Kapitel 1 und die Grundprinzipien der Rechtsprechung zu vollziehen, sodass die Schüler*innen erkennen, dass Gerichte die hoch komplexe Aufgabe haben, auf einen konkreten Fall abstraktes Recht anzuwenden und insbesondere die Prüfung der Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne stets eine Frage der Abwägung ist.

Podcast-Beiträge als Materialgrundlage

Corona und die Grundrechte ist auch Gegenstand des Interviews mit der Verfassungsrechtlerin Prof. Dr. Nora Markard. Die Schüler*innen werden hier mit einem im Unterricht eher vernachlässigtem Medium konfrontiert – dem Podcast. Der inhaltliche Kern besteht hier in der Reflexion der Chancen und Gefahren für die Grundrechte im Kontext der Pandemie. Überraschend könnten die Schüler*innen auf Markards positive Bilanz reagieren, die abschließend Gegenstand einer Diskussion sein sollte. Empfehlenswert ist zudem der Rückgriff auf das verlinkte Material zu Verschwörungsideologien im Kontext von Corona. Auch eine Verknüpfung mit dem Thema Demokratiefeindlichkeit ist hier sinnvoll.

kategoriale Urteilsbildung

Kapitel 2 legt zudem einen Schwerpunkt auf die Urteilskompetenz der Schüler*innen. Die kategoriale Urteilsbildung nach Peter Massing erschließen sich die Schüler*innen anhand der Problemfrage „Schöff*innen – Chance oder Gefahr für das Vertrauen in die Justiz?". Der Zusammenhang zwischen der Justiz und dem Vertrauen der Bevölkerung als roter Faden dieser WOCHENSCHAU wird hier aufgegriffen und das Schöffenwesen knapp eingeführt. Die Beteiligung von Laienrichter*innen stellt eine Kontrollmöglichkeit der Justiz durch die Bürger*innen dar, wird jedoch zugleich aufgrund deren fehlender Expertise und weiterer Faktoren immer wieder stark kritisiert. Das Thema eignet sich gut für die Einführung des Urteilsmodells, da die Zuordnung der Pro- und Kontra-Argumente zu den Kategorien Effizienz und Legitimität sowie den dazugehörigen Kriterien einfach möglich ist.

© WOCHENSCHAU Nr. 3/2021

Da der Schwerpunkt an dieser Stelle auf der Urteilskompetenz und dem Methodentraining liegt, werden den Schüler*innen die Argumente bereits vorgegeben, sodass diese unmittelbar den Kategorien und Kriterien zugeordnet werden können. Die Einordnung in die Matrix ermöglicht eine Visualisierung der Argumente entlang der Kategorien sowie der Positionen Chance bzw. Gefahr.

Verknüpfung zwischen den Kapiteln

Ergänzt werden sollte diese Phase durch einen Impulsvortrag zum Thema Urteilsbildung, sofern es sich nicht nur um eine Wiederholung für die Schüler*innen handelt. Das Arbeitsblatt kann auch unabhängig von Kapitel 2 verwendet werden und bietet sich insbesondere auch in Verknüpfung mit Kapitel 3 an.

Makromethode Talkshow

Den Abschluss des Kapitels stellt die Makromethode Talkshow dar, in der die Schüler*innen die zu Beginn in den Tweets aufgeworfene Kontroverse diskutieren sollen: „Impfprivilegien – das Mittel der Wahl?" Die Makromethode Talkshow trainiert insbesondere die politische Handlungsfähigkeit der Schüler*innen und bietet sich dazu an, das eigene Wissen zum Thema zu reorganisieren und im Rahmen des Auftritts in der Talkshow handelnd anzuwenden. Einen besonderen Schwerpunkt dieser Phase der Unterrichtseinheit stellt im Anschluss an die Durchführung und inhaltliche Sicherung der Talkshow schließlich die Phase der Urteilsbildung dar. Hierbei können die Schüler*innen auf ihre vorab erworbene Urteilskompetenz zurückgreifen und sollten aufgefordert werden, die Fragestellung der Talkshow unter Berücksichtigung der Urteilskategorien und -kriterien zu beurteilen.

Binnendifferenzierung

Die Talkshow-Methode bietet zudem eine gute Möglichkeit der Binnendifferenzierung: sowohl durch die Zusammensetzung der Gruppen, als auch durch die unterschiedlichen Niveaus des zur Verfügung gestellten Materials. Besonders anspruchsvolle Rollen (z. B. die von Prof. Dr. L. Almasi) sollten leistungsstarken Schüler*innen zugeteilt werden, während weniger komplexe Rollen (z. B. die von Juno Ber) eher von leistungsschwächeren Schüler*innen erarbeitet werden können.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- problematisieren anhand eines Beispiels die Kollision von Grundrechten im Kontext der Corona-Pandemie;
- erklären die Einschränkungsmöglichkeiten von Grundrechten vor dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und entwickeln anschließend eine begründete Position zu ausgewählten Grundrechtskollisionen;
- nehmen Stellung zum Zustand der Grundrechte im Kontext der Corona-Pandemie;
- trainieren ihre Urteilskompetenz, indem sie die Relevanz von Schöff*innen für das Vertrauen in der Justiz beurteilen;
- diskutieren und beurteilen im Rahmen einer Talkshow die Forderung nach Impfprivilegien.

Kapitel 3 – Die Justiz in der Krise?

Das letzte Kapitel dieser WOCHENSCHAU greift die zu Beginn des Heftes aufgeworfene Frage nach dem Zustand der Justiz und deren Relevanz für das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat wieder auf. Der besondere Schwerpunkt des Kapitels liegt hierbei auf der exemplarischen Auseinandersetzung mit Fallbeispielen, die eine womöglich fehlende Diversität und Sensibilität hinsichtlich des Minderheitenschutzes in der Justiz problematisieren.

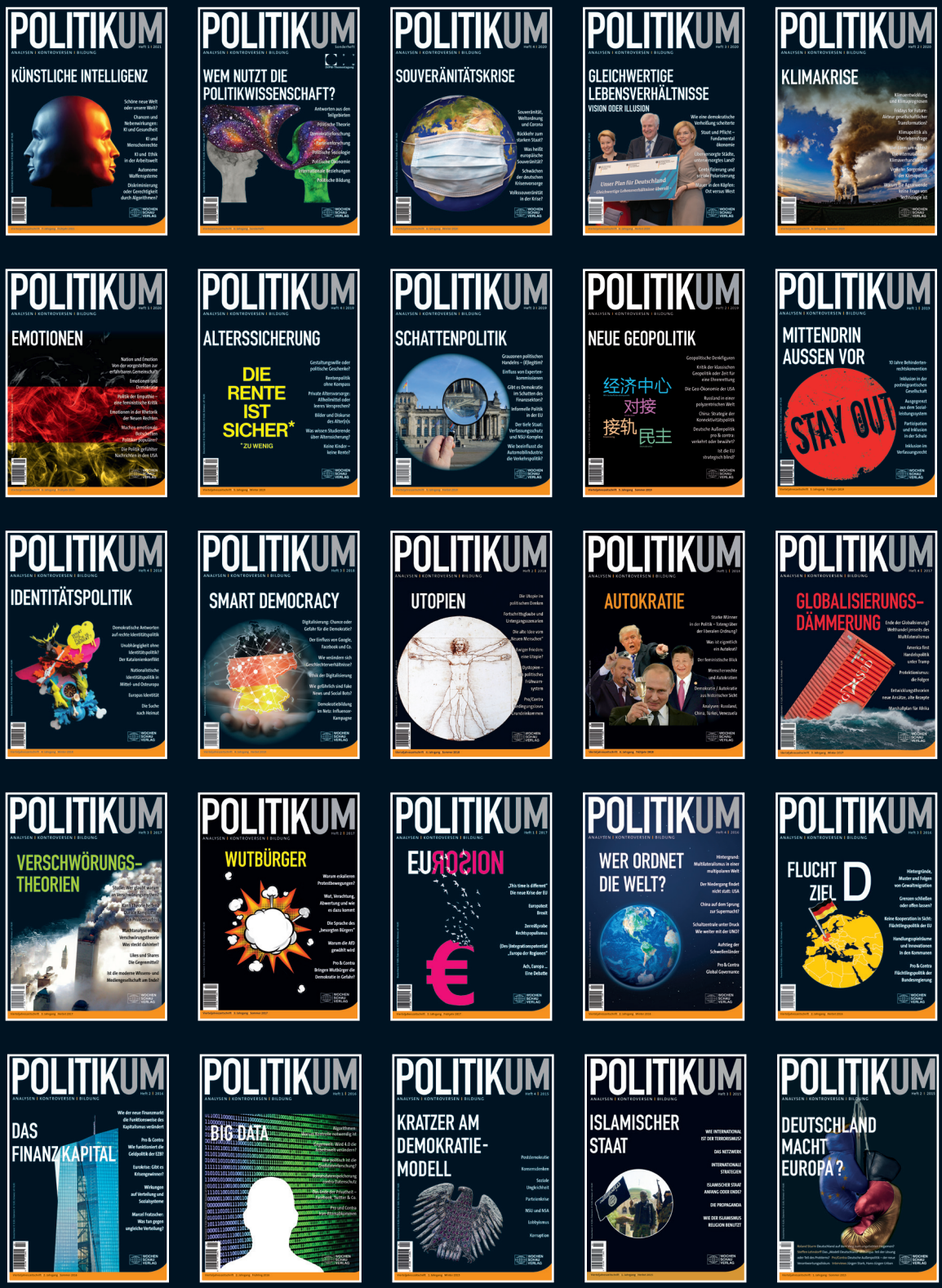
Ausgangspunkt für die Frage „Die Justiz in der Krise?" bildet die Analyse ausgewählter Ergebnisse des ersten Rechtsstaatlichkeitsberichts der Europäischen Kommission, der im Jahr 2020 veröffentlicht wurde. Die Auseinandersetzung mit dem Material zeigt, dass Deutschlands Justiz ein überwiegend positives Zeugnis ausgestellt wurde, insbesondere hinsichtlich seiner Effizienz und der Unabhängigkeit der Richter*innen. Das ausgewählte Material geht jedoch über die Wiedergabe der entscheidenden Ergebnisse des Berichts für Deutschland hinaus und führt eigenständig Kritikpunkte an der deutschen Justiz an. Kontrastiert werden die positiven Ergebnisse des Rechtsstaatlichkeitsberichts mit einer drohenden Erosion der Justiz von unten. Hierbei wird der Aspekt des Vertrauens wieder ins Zentrum gerückt. Die Schüler*innen sind aufgefordert, über die Untersuchung des Materials hinsichtlich Stärken und Schwächen des Justizwesens hinaus, die Aspekte den Urteilskategorien Effizienz und Legitimität zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um eine Anwendung der bereits in Kapitel 2 trainierten Urteilskompetenz. Die Analyse der Statistik zur durchschnittlichen Verfahrensdauer im europäischen Vergleich dient ebenfalls der Wiederholung der in Kapitel 1 trainierten Methodenkompetenz. Zugleich wird hier deutlich, dass die Effizienz der deutschen Justiz in diesem Teilbereich zumindest im europäischen Vergleich nur durchschnittlich ist und die Dauer der Verfahren in Deutschland kontinuierlich steigt. Die Auseinandersetzung mit dem EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht findet durch eine kurze Diskussion darüber statt, welches der dargestellten Problemfelder eine besonders große Gefahr für das Vertrauen in die Justiz in Deutschland darstellt. Hierbei erfolgt der Rückbezug auf das Vorausurteil der

© WOCHENSCHAU Nr. 3/2021

WOCHEN SCHAU VERLAG

POLITIKUM

lesen | besser informiert sein



FORDERN SIE JETZT IHR GRATIS-PROBEHEFT AN: WWW.POLITIKUM.ORG

Schüler*innen zu Beginn des Heftes; die Schüler*innen konkretisieren, wo sie besonderen Handlungsbedarf sehen.

EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht

Zur weiterführenden Arbeit mit dem EU-Rechtsstaatlichkeitsbericht bietet sich auch die europäische Dimension des Themas an. Zum Beispiel ließe sich vor dem Hintergrund zunehmend rechtsstaatsfeindlicher Regierungen in Polen und Ungarn eine vergleichende Analyse der Justizsysteme in ausgewählten Ländern durchführen.

weiterführendes Material

Eine vertiefende Auseinandersetzung mit der Bedeutung der Justiz für die modernen Demokratien im 21. Jahrhundert könnte mithilfe des Vortrags „Rechtsstaat und Demokratie" von Andreas Voßkuhle erfolgen (für eine gekürzte Fassung vgl. DIE ZEIT Nr. 40/2018, 27.9.2018), der die in diesem Unterkapitel aufgeworfenen Kritikpunkte zum Teil näher betrachtet und einordnet.

Kritik am Weisungsrecht

Ein Kritikpunkt des Rechtsstaatlichkeitsberichts der EU-Kommission wird von den Schüler*innen daraufhin näher betrachtet: Das Weisungsrecht der Justizminister*innen über die Staatsanwält*innen. Das in Deutschland herrschende Konstrukt, bei dem die Justizminister*innen gegenüber der Staatsanwaltschaft weisungsbefugt sind, ist im europäischen Vergleich die Ausnahme und wird nicht nur von der Europäischen Union kritisiert, sondern in der Vergangenheit insbesondere auch vom Europäischen Gerichtshof. Die Schüler*innen sind bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema aufgefordert, Argumente für und gegen das Weisungsrecht zu erarbeiten. Der Fall Netzpolitik, aber auch die Bezugnahme auf die Künstlergruppe Zentrum für Politische Schönheit, problematisiert die fehlende Transparenz beim Weisungsrecht. Die Perspektive von George Andoor ermöglicht den Schüler*innen wiederum zu erkennen, dass das Weisungsrecht auf dem Demokratieprinzip und der daraus resultierenden parlamentarischen Kontrollpflicht der Exekutive gründet.

Schaubild Gewaltenteilung

An dieser Stelle ermöglicht die Auseinandersetzung mit dem Weisungsrecht, die Schüler*innen den Zusammenhang zwischen der Gewaltenteilung mit relevanten Akteuren und Institutionen der Justiz erarbeiten zu lassen. Hierfür erstellen die Schüler*innen ein Schaubild, dass die Kontrolle der Judikative (Gerichte) durch die Zivilgesellschaft und die Kontrolle der Exekutive (Staatsanwaltschaft) durch die Justizminister*innen verdeutlicht. Im weiteren Verlauf dieser WOCHENSCHAU wird die Relevanz der Zivilgesellschaft noch besonders hervorgehoben und sollte deshalb bereits an dieser Stelle herausgearbeitet werden.

Minderheiten und Jusitz

Sowohl der Rechtsstaatlichkeitsbericht der EU-Kommission als auch die Diskussion des Weisungsrechts ermöglichen einen systemischen Blick auf die Justiz, jedoch ohne die Perspektive der einzelnen Bürger*innen näher zu betrachten. Im zweiten Teil dieses Kapitels stehen daher konkrete Fälle im Zentrum, die zur kritischen Betrachtung und Diskussion der Justiz anregen sollen. Alle ausgewählten Fälle können – wie schon beim Fall Künast in Kapitel 1 – eine starke Emotionalisierung des Unterrichts bewirken, da die Gewalt gegenüber Frauen und Minderheiten ins Zentrum gerückt wird. Innerhalb des Materials selbst wird die Emotionalität des Themas verbalisiert, und auch die Schüler*innen können durch die ausgewählten Fälle emotional belastet sein. Vorschläge und Hinweise zum Umgang mit Emotionen im Politikunterricht wurden bereits vorab (M2 f.) formuliert und sind auch für dieses Kapitel hilfreich.

Der Schwerpunkt des Kompetenzerwerbs liegt in diesem Teil des Kapitels auf der Analysekompetenz. Einerseits müssen die juristischen Sachverhalte erfasst werden, andererseits erfolgt die Problematisierung der Erfahrungen ausgewählter Minderheiten mit der Justiz. Wichtig ist hierbei, keine pauschale Ablehnung der Justiz vonseiten der Schüler*innen hervorzurufen, sondern vielmehr zu hinterfragen, welche Ursachen die kontroversen Vorgänge in den Fällen haben könnten. An dieser Stelle soll die Repräsentation gesellschaftlicher Diversität innerhalb des Justizwesens selbst problematisiert und diskutiert werden. Hierbei bietet sich ein Exkurs zum Thema Identitätspolitik an.

Allen ausgewählten Fällen ist gemein, dass das Vertrauen von Minderheiten in den Rechtsstaat aufgrund ihrer individuellen Erfahrungen mit der Justiz geschwächt wird. Die Schüler*innen sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, die Relevanz der Justiz für die Stabilität und das Vertrauen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland zu diskutieren.

Der Fall Oury Jalloh ermöglicht den Schüler*innen zudem, die besondere Relevanz der Zivilgesellschaft hinsichtlich der Kontrolle der Justiz zu erkennen. Dieser Aspekt soll besonders deshalb hervorgehoben werden, um ein Gefühl der Ohnmacht bei den Schüler*innen zu vermeiden. Der durchaus sehr kritische Blick des dritten Kapitels ist nicht als Pauschalkritik zu verstehen, sondern soll die Schüler*innen ermutigen, grundlegende systemische Defizite zu erkennen und zu adressieren. Hierbei soll explizit die politische Mündigkeit der Schüler*innen gestärkt werden.

Den Anspruch dieses Kapitels und letztendlich dieser gesamten WOCHENSCHAU, die Justiz kritisch zu reflektieren, aber auch die eigenen

© WOCHENSCHAU Nr. 3/2021

Partizipationsmöglichkeiten zu erkennen, hat auch die abschließende Makromethode. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Forum Recht sind die Schüler*innen aufgefordert, einen eigenen Ausstellungsbeitrag für das derzeit in Planung befindliche Forum Recht – einer Begegnungsstätte zum Thema Recht und Rechtsstaat – zu gestalten. Mithilfe des Leitfadens auf S. 25 und der Unterstützung der unterrichtenden Lehrkräfte, können die Schüler*innen zunächst ihren eigenen Lernprozess zum Thema „Justiz kontrovers" reflektieren und anschließend eine eigene thematische Schwerpunktsetzung vollziehen und im Rahmen eines eigenen Ausstellungsbeitrags vertiefen. Die Schüler*innen sollten in dieser Phase der Unterrichtseinheit ermutigt werden, eigene kreative Ansätze zu entwickeln, um die WOCHENSCHAU „Justiz kontrovers" aufzuarbeiten, aber auch weiterzudenken. Ein besonderes Potenzial bietet die Makromethode auch hinsichtlich des fächerübergreifenden Arbeitens in der Schule, beispielsweise mit den Fächern Informatik (z. B. Website, App), Deutsch (z. B. kreatives Schreiben), Kunst (z. B. Visualisierungen), Musik (z. B. Rap, Musical) oder Darstellendes Spiel (z. B. Inszenierung). Die Einsendung von Ausstellungsbeiträgen an die Stiftung Forum Recht bietet dem Unterricht zudem die Möglichkeit, ein Gefühl der Selbstwirksamkeit und Partizipation bei den Schüler*innen zu wecken, was insbesondere im Kontext der Relevanz der Zivilgesellschaft beim Thema Justiz wichtig ist und daher genutzt werden sollte. Darüber hinaus kann das Thema auch im Rahmen einer schulinternen Ausstellung oder einer Zusammenarbeit mit einem Gericht vor Ort sichtbar gemacht werden.

Schwerpunkte des Kompetenzerwerbs

Die Schüler*innen

- analysieren die Stärken und Schwächen der deutschen Justiz, ordnen diese den Kategorien Effizienz und Legitimität zu und diskutieren die Relevanz der einzelnen Aspekte;
- beschreiben das Weisungsrecht der Justizminister*innen über die Staatsanwaltschaft und diskutieren vor dem Hintergrund des Aufbaus der Justiz die Chancen und Gefahren des Weisungsrechts für den Rechtsstaat;
- problematisieren und untersuchen anhand von Fallbeispielen die Erfahrungen von Minderheiten im Kontakt mit der Justiz und erkennen dessen Relevanz für das Vertrauen in das politische System;
- arbeiten die Relevanz der Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz für die Justiz heraus;
- gestalten einen eigenen Ausstellungsbeitrag zum Thema Justiz kontrovers.

Philip Eberhard

Ausstellungsbeitrag Stiftung Forum Recht

Haltung zeigen

Reagieren auf Diskriminierung, Rechtspopulismus und Rassismus in der Schule

Rechtspopulismus, Alltagsrassismus, diskriminierende Äußerungen im Unterricht und Jugendraum. Wie kann man reagieren? Was kann man sagen? Ansprechen oder Schweigen? „Man müsste ... Haltung zeigen", sagen einige. Aber welche Haltung genau? Und was braucht es dafür? Mit der Methode der Praxisforschung wurde diesen Fragen nachgegangen. Dieses Buch gibt konkrete Anregungen für Schule und Soziale Arbeit und lädt zum Nachdenken über Haltung ein.

ISBN: 978-3-7344-1237-0, 136 S, € 16,90
PDF: ISBN 978-3-7344-1238-7, € 15,99

www.wochenschau-verlag.de @Wochenschau_Ver @wochenschau.verlag wochenschau_verlag

In stürmischen Zeiten Politische Bildung stärken.

www.Profession-PolitischeBildung.de

Demokratie braucht Politische Bildung.
Politische Bildung stärkt Demokratie.

Doch wie geht gute, qualifizierte Politische Bildung?

Unser Online Portal gibt Antworten.

Wir stärken die Profession Politische Bildung.

Unsere Themen

- Zentrale Grundbegriffe
- Aktuelle Kontroversen
- Diversität
- Digitale Praxis
- Geschichte der Politischen Bildung

bap
Bundesausschuss Politische Bildung

update
Professionalisierung der politischen Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Gefördert durch die bpb: Bundeszentrale für politische Bildung